

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

31.03.2008

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 32. Sitzung

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 31. März 2008

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 20:40 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Jost Aé
- Dr. Gerhard Bartels
- Dr. Ullrich Bittner
- Dr. Jürgen Bremer
- Dr. Ralf Döring
- Rita Duschek
- Rudi Duschek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Maria Gomolka
- Marion Heinrich
- Kerstin Hochheim
- Axel Hochschild
- Matthias Horn
- Edwin Hübner
- Wolfgang Jochens
- Markus Jülich
- Christian Kruse
- Hinrich Kuessner
- Dr. Lür Kühne
- Marian Kummerow
- Christa Landmesser
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Dr. Thomas Meyer
- Karin Müller
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Rainer Mutke
- Olaf Schmidt
- Dr. Gustav Seils
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Ulla Tesmer
- Mechthild Thonack
- Bernd Uhlig
- Christiane Walther
- Wilfried Zink

Entschuldigt :

- Torsten Hoebel
- Dr. Jörn Kasbohm
- Sebastian Ratjen

Unentschuldigt:

- Lars Templin

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
 - 4.1. Neufassung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
 - 4.2. Neubesetzung sachkundiger Einwohner im Finanzausschuss B469-32/08
Gruppe der FDP
 - 4.3. Neubesetzung OTV Wieck/Ladebow B470-32/08
Gruppe der FDP
 - 4.4. Vorschlagsliste der Erwachsenenschöffen für das Amtsgericht Greifswald B471-32/08
Dez. I
 - 4.5. Vertrauenspersonen für den Ausschuss beim Amtsgericht Greifswald zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen 2008 B742-32/08
Dez. I
 - 4.6. Zahlung von übertariflichen Abfindungen und Gewährung eines betriebsbedingten Kündigungsschutzes B473-32/08
Dez. I , Amt 10
 - 4.7. Umschuldung bzw. Prolongation von 4 Darlehen mit einem Darlehensbetrag von insgesamt 11.300.347,02 EUR B474-32/08
Dez. I , Amt 20
 - 4.8. 10 Punkte-Programm für eine familienfreundliche Stadt B475-32/08
Grüne / oK, CDU, Die Linke, FDP
 - 4.9. Nichtverwendung des Namens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beim Investitionsprojekt Steinkohlekraftwerk in Lubmin B476-32/08
Bürgerliste
 - 4.10. Weitere Verfahrensweise zum "Greifenbrunnen" B477-32/08
Wirtschafts- und Kulturausschuss
 - 4.11. Benennung eines Delegierten in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern B478-32/08
CDU-Fraktion
 - 4.12. Benennung eines Mitgliedes in der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt B479-32/08
CDU-Fraktion
 - 4.13. Benennung eines neuen Mitgliedes für den Vorstand des Studentenwerkes Greifswald B480-32/08
Bürgerschaft
5. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
6. Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
7. Mitteilungen des Präsidenten
8. Bestätigung der Niederschrift vom 18.02.2008
- 4.14. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 34 Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig. Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, und die beiden Stellvertreter, Herr Arenskrieger und Herr Dembski, sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert über ausgereichte Tischvorlagen, die bereits als TOP 4.11 und 4.12 auf der Tagesordnung stehen.

Zum TOP 4.8 (10 Punkte-Programm für eine familienfreundliche Stadt) wurden Änderungsanträge aus den Fachausschüssen ausgereicht.

Die Fraktion Die Linke. hat ein weiteres Papier ausgereicht - Anteilsverkauf der WVG mbH. Frau Heinrich bringt für ihre Fraktion diese Vorlage ein. Sie ist zwar kein Verfechter von Tischvorlagen, aber dieses Thema ist durch die Plakatierungen zur Oberbürgermeisterwahl wieder aktuell gemacht worden, so dass die Fraktion die Verwaltung darum bittet, nach Alternativen zu suchen.

Die Gegenrede hält Herr Hochschild. Die Bürgerschaft hat im Dezember einen eindeutigen Beschluss zur Fortführung des Verfahrens hinsichtlich des Anteilsverkaufes gefasst. Das Verfahren läuft jetzt und damit sind nicht wenig Kosten verbunden, die bezahlt werden müssen. Herr Hochschild kann die Dringlichkeit des Antrages der Fraktion Die Linke nicht erkennen, das in Gang gesetzte Verfahren ungeprüft abzubrechen.

Herr Multhauf setzt durch, dass er noch einmal für den Antrag der Fraktion Die Linke sprechen darf. Er ist der Meinung, dass gerade weil Wahlkampf ist, genau der richtige Zeitpunkt ist, über das Thema der Anteilsveräußerung zu sprechen. Wenn es nach Herrn Multhauf ginge, wäre jede Aktivität, die mit der Anteilsveräußerung zusammenhängt, zu stoppen.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, die Tischvorlage der Fraktion Die Linke zur WVG-Anteilsveräußerung in die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: bei 12 Ja-Stimmen und 24 Gegenstimmen
abgelehnt

Eine weitere Tischvorlage zur „Benennung eines neuen Mitgliedes für den Vorstand des Studentenwerkes Greifswald“ wurde ausgereicht und wird als TOP 4.13 in die Tagesordnung eingestellt.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass er aufgrund eines Schreibens des Innenministeriums zur Neufassung der Hauptsatzung, vor allem zum § 19 Gruppenzuwendungen, seine Teilbeanstandung zurückzieht. Er verliert aus dem Schreiben des Innenministeriums.

Der Präsident ergänzt, dass weitere Paragraphen zu überprüfen und zu überarbeiten sind. Das wird entsprechend geprüft und der Bürgerschaft wird dann zu gegebener Zeit ein neuer Entwurf der Neufassung der Hauptsatzung zur Beschlussfassung vorgelegt. Für die heutige Sitzung wird der TOP 4.1 zurückgezogen.

Der Präsident lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu diesem Zeitpunkt sind 36 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend.

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr E. Eich:

- zum Hafen Ladebow

Die Ausführungen liegen schriftlich in der Kanzlei der Bürgerschaft vor.

In dieser Wortmeldung bemerkt Herr Eich, dass sich die Bürgerinitiative in einem Schreiben an die Fraktionen gewandt hat. Leider gibt es noch keine Rückmeldung an die Bürgerinitiative.

Herr Liskow hat als Vorsitzender des Ausschusses für Bau-, Verkehr- und Landesentwicklung im Land M-V mit dem Vorsitzenden der OTV Wieck/Ladebow, Herrn Lieschefskey, gesprochen und vorgeschlagen, einen Vorort-Termin zu machen, wo die Fragen der Hafententwicklung insgesamt im baltischen Raum besprochen werden sollen.

Herr Arenskrieger:

Die Verwaltung bereitet zurzeit alle Unterlagen auf, die für den Hafen Ladebow vorliegen. In Absprache mit Herrn Dr. Bremer und Herrn Hochschild und selbstverständlich mit allen Bürgerschaftsmitgliedern, die Interesse haben, soll eine Projektgruppe zum Hafen Ladebow eingesetzt werden, quasi eine Ideenwerkstatt. Dort geht es darum, den vorhandenen Bestand aufzunehmen, was ist dort nach der Wende passiert, welche Ergebnisse liegen vor, gibt es Alternativen? Was sagen die zuständigen Ministerien in Schwerin dazu?

Dieses Thema ist kein Wahlkampfthema. Deshalb wird es auch zur nächsten Bürgerschaft noch keinen Beschlussvorschlag geben.

Frau Socher:

Frau Socher reagiert, weil in der Wortmeldung von Herrn Eich die Oberbürgermeisterkandidaten angesprochen wurden. Sie hofft nur, dass der „Königsweg“ kein „Holzweg“ wird. Die Biodieselanlage im Hafen Ladebow sei nicht vom Tisch.

Herr Peter Kroll:

- zu den Universitätssammlungen und den Resten des Stadtmuseums

1992 und 1994 wurde mit viel Aufwand und Mühe das Institut für Altertumswissenschaften und die Sammlung wieder neu aufgebaut und der Lehrstuhl für Ur- und Frühgeschichte wieder eingerichtet.

Inzwischen steht fest, dass beide Institutionen nach Rostock gehen sollen, einschließlich ihrer Sammlungen. Diese Sammlungen sind Teil des Pommernschatzes, weil sie seit 180 Jahren angelegt wurden.

Das passiert ohne Widerstand der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Es ist nicht zu verstehen, dass das alles an der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft vorbeigeht. Die Universitätssammlung gehört moralisch der ganzen Stadt und der ganzen Region.

Am 19.03.2008 ist zu diesem Thema von Herrn E. Oberdörfer einen Artikel in der Ostsee-Zeitung erschienen, der einen Brief erwähnt, welcher sich vehement für die Kultursubstanz von Greifswald einsetzt. Dieser Brief ist an das Ministerium, an den Rektor, an den Oberbürgermeister und die OZ gegangen. Herr Kroll fordert von Stadtverwaltung und Bürgerschaft, endlich dieses Problem aufzugreifen, um die Sammlung zu erhalten und weitere Abwanderungen zu verhindern.

Herr Kroll bemerkt, dass Stralsund langsam dabei ist, Greifswald den sogenannten Rang des geistigen Zentrums abzulaufen.

Herr Kroll übergibt den zitierten Brief und den Artikel von Herrn Oberdörfer, um sie dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Herr Mutke:

Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Kulturausschusses, Herr Mutke, teilt mit,

dass er einen gemeinsamen Termin mit dem Kanzler der Universität zum Thema der Sammlungen hat. Dort werden entsprechende Festlegungen getroffen.

Herr Heino Förste (Elterninitiative Ladebow und Wieck):

Er erinnert die Fraktionen an das Schreiben der Elterninitiative bezüglich der Problematik der Schulwege und der Querung der Brücke, weil die Elterninitiative der Meinung ist, dass es für die Kinder eine gerechtere Lösung hinsichtlich der Gebühren geben muss.

Der Präsident vermutet eine Verzögerung wegen der Osterfeiertage, denn er weiß, dass sich einige Fraktionen mit dem Thema beschäftigen.

Zu TOP: 4 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 4.1 Neufassung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

- zurückgezogen

Zu TOP: 4.2 Neubesetzung sachkundiger Einwohner im Finanzausschuss

B469-32/08

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr Fridjof Matuszewski wird als sachkundiger Einwohner in den Finanzausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis: bei 38 Ja-Stimmen beschlossen

Zu TOP: 4.3 Neubesetzung OTV Wieck/Ladebow

B470-32/08

Auf Nachfrage von Herrn Multhaus teilt der Präsident mit, dass Herr Dietmar Steigel im Gebiet der Ortsteilvertretung wohnt.

Der Präsident stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr Dietmar Steigel wird in Ersetzung von Herrn Karl Steigel in die Ortsteilvertretung Wieck-Ladebow gewählt.

Abstimmungsergebnis: bei 38 Ja-Stimmen beschlossen

Zu TOP: 4.4 Vorschlagsliste der Erwachsenenschöffen für das Amtsgericht Greifswald

B471-32/08

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt gemäß § 36 Abs. 1 Gerichtsverfassungsgesetz die Aufnahme der in der Anlage aufgeführten Personen in die Vorschlagsliste der Erwachsenenschöffen für das Amtsgericht Greifswald und Landgericht Stralsund.

Abstimmungsergebnis: bei 36 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 4.5 Vertrauenspersonen für den Ausschuss beim Amtsgericht Greifswald zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen 2008
B742-32/08

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt gemäß § 40 Abs. 1 Gerichtsverfassungsgesetz die nachfolgend aufgeführten Vertrauenspersonen in den Ausschuss beim Amtsgericht Greifswald zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen 2008.

Abstimmungsergebnis: bei 38 Ja-Stimmen beschlossen

Zu TOP: 4.6 Zahlung von übertariflichen Abfindungen und Gewährung eines betriebsbedingten Kündigungsschutzes
B473-32/08

Herr Multhaus beantragt an dieser Stelle, dass Informationen zum Stand der Tarifverhandlungen gegeben werden und welche Auswirkungen es aufgrund des heutigen Tarifabschlusses gibt.

Herr Liskow teilt mit, dass der Oberbürgermeister entsprechende Informationen unter dem Tagesordnungspunkt 5. geben wird.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald gewährt auch im Jahr 2008 übertarifliche Leistungen bei Abschluss eines Auflösungsvertrages (Zahlung von übertariflichen Abfindungen) und Verkürzung der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf Dauer (Gewährung eines betriebsbedingten Kündigungsschutzes).

Abstimmungsergebnis: bei 37 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 4.7 Umschuldung bzw. Prolongation von 4 Darlehen mit einem Darlehensbetrag von insgesamt 11.300.347,02 EUR
B474-32/08

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ermächtigt den Oberbürgermeister, die Umschuldung bzw. die Prolongation von folgenden Darlehen vorzunehmen:

1. Darlehen bei der Sparkasse Vorpommern mit Restkapital von 1.130.371,97 EUR
2. Darlehen bei der Sparkasse Vorpommern mit Restkapital von 3.559.929,54 EUR
3. Darlehen Zwischenfinanzierung aus 2007 bei den Stadtwerken Greifswald 2.373.994,38 EUR
4. Darlehen bei der Sparkasse Vorpommern mit Restkapital 4.236.051,13 EUR

Die Umschuldung ist im möglichen Umfang auf zinsbegünstigte Darlehen des Kommunalen Aufbaufonds vorzunehmen.

Die Restsummen sind zusammenzufassen und zu möglichst günstigen Konditionen auf dem freien Kreditmarkt bis zum 30.04.2009 umzuschulden.

Abstimmungsergebnis: bei 23 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 4.8 10 Punkte-Programm für eine familienfreundliche Stadt
B475-32/08

Frau Dr. Fassbinder bringt die Zusammenfassung der Änderungsvorschläge aus den Fachausschüssen ein und begründet die Beschlussvorlage. Im Rahmen der Diskussion wird über die Änderungsvorschläge der Ausschüsse abgestimmt.

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Universität bittet um eine Formulierung, die ausdrückt, dass in dem Programm auch die Bedürfnisse sozial benachteiligter Familien Berücksichtigung finden sollen. Dazu wird das Programm um folgende Präambel ergänzt:

Präambel

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald setzt mit einem 10-Punkte-Programm für Familien ein deutliches Zeichen für Familienfreundlichkeit im kommunalen Handeln.

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald setzt sich zum Ziel, Leben, Wohnen und Arbeiten in der Stadt familienfreundlich zu gestalten. Denn eine Investition in Familienfreundlichkeit ist zugleich eine Investition in die Zukunft der Stadt. Am Ziel einer familienfreundlichen Stadt für alle Greifswalder Familien orientieren sich zukünftige politische Entscheidungen. Die Bedürfnisse sozial benachteiligter Familien werden dabei beachtet.

Herr Multhaus beantragt darum, vor das letzte Wort „**besonders**“ aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: bei 22 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Punkt 4: Im ersten Satz das Wort „verpflichtet“ durch „**bemüht**“ ersetzen. (Ausschuss Bau und Umwelt)
Im letzten Satz das Wort „hohe“ durch „**höchste**“ ersetzen (Ausschuss Bildung, Sport und Universität)

- kein Widerspruch

Punkt 9: 1. Vorschlag (Jugendhilfeausschuss) Den Satz: „Die Entstehung von Ghettos ist unbedingt zu vermeiden“ streichen und durch folgende Formulierung ersetzen: „**Auf das soziale Gleichgewicht in den Wohngebieten soll hingearbeitet werden.**“

Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen dafür

2. Vorschlag (Ausschuss Bildung, Sport und Universität) Das Wort „Ghettos“ durch „**sozialen Brennpunkten**“ ersetzen.

Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür

Punkt 10: ergänzen:

Die Stadt fördert und unterstützt die Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit der freien Träger. Sie schafft Bedingungen, die es den freien Trägern ermöglichen, die Angebote der Jugendarbeit und Jugendver-

bandsarbeit entsprechend der ermittelten Bedarfe auszubauen und zu verbessern. (Jugendhilfeausschuss)

- kein Widerspruch

Der Präsident lässt über folgenden geänderten Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald beschließt ein 10-Punkte-Programm für eine familienfreundliche Stadt Greifswald. Dieses soll Grundlage für zukünftiges kommunales Handeln in Verwaltung und Bürgerschaft der Hansestadt sein. Die Verwaltung legt bis November 2008 die Ergebnisse der Prüfaufträge sowie die ersten Ergebnisse der Umsetzung der Programmpunkte vor.

10-Punkte-Programm für eine familienfreundliche Stadt

Präambel

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald setzt mit einem 10-Punkte-Programm für Familien ein deutliches Zeichen für Familienfreundlichkeit im kommunalen Handeln.

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald setzt sich zum Ziel, Leben, Wohnen und Arbeiten in der Stadt familienfreundlich zu gestalten, denn eine Investition in Familienfreundlichkeit ist zugleich eine Investition in die Stadt. Am Ziel einer familienfreundlichen Stadt für alle Greifswalder Familien orientieren sich zukünftige politische Entscheidungen. Die Bedürfnisse sozial benachteiligter Familien werden dabei besonders beachtet.

1. Einführung eines „Familien-TÜV“ für kommunales Handeln

Für die Festlegung der Kriterien dieser Familienverträglichkeitsprüfung wird eine Arbeitsgruppe gebildet.

2. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Stadtentwicklung

Form und Umfang der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere die Einberufung eines Kinderrates und Jugendparlamentes, sind zu prüfen.

3. Vereinbarkeit von Familien und Beruf/ Ausbildung

Die Stadt unterstützt Initiativen und prüft Möglichkeiten, die eine preisgünstige, flexiblere Betreuung von Kindern zum Ziel haben.

Die Stadt unterstützt Familienfreundlichkeit bei Arbeitgebern durch Beratung und Information und geht als Arbeitgeber mit gutem Beispiel voran.

4. Kindertagesstätten und Schulen

Die Stadt bemüht sich unter vorrangiger Berücksichtigung des Standortfaktors „Wohnortnähe“, eine ausreichende Anzahl an KiTa-Plätzen anzubieten.

Ziel der Verwaltung ist es, die KiTa-Gebühren für die Eltern deutlich zu senken, ohne dass damit ein Qualitätsverlust und/oder Abbau des Betreuungspersonals in den KiTas verbunden sind, und für alle spürbare Geschwisterermäßigungen einzuführen.

Die Verwaltung legt den Gremien der Bürgerschaft jährlich vor der Haushaltsdiskussion einen Bericht zum baulichen Zustand aller kommunalen KiTas, Schulgebäude und dem Schulsport dienenden Anlagen vor. Die Sanierung der kommunalen Kindertages- und Schuleinrichtungen bekommt in der Haushaltsplanung ab 2008 eine höchste Priorität.

5. „Willkommenspakete“ für neugeborene Greifswalder und neu zuziehende Familien

Familien erhalten bei Zuzug in die Stadt oder Geburt eines Kindes unaufgefordert ein Begrüßungsschreiben sowie ein Informationspaket der Stadt über familienrelevante Themen.

Weitere Begrüßungsgesten sind durch die Stadt und die stadteigenen Betriebe zu prüfen.

6. Öffentlicher Personennahverkehr

Die Verwaltung überprüft die Taktzeiten und Routen des ÖPNV auf die Bedürfnisse der Schüler/-innen und nimmt dahingehend Einfluss auf die Stadtwerke. Die Vernetzung von Bussen des ÖPNV mit Bussen des Landkreises OVP muss unter dem Gesichtspunkt der Schülerbeförderung verbessert werden.

Ein flächendeckender Ausbau mit Busstellenhäuschen im Stadtgebiet ist anzustreben.

Die Stadt wirkt darauf hin, dass die Beförderungskosten des ÖPNV für Schüler/-innen und Familien deutlich gesenkt werden.

7. Verkehrssicherheit und Verkehrsplanung

Die Verwaltung überprüft die bestehende Verkehrsplanung auf die Belange der Familien. Dabei ist besonders auf die Verkehrssicherheit für Kinder zu achten. Priorität haben der Ausbau und die Instandsetzung von Fahrradwegen, die Anlage von Zebrastreifen im Bereich von Schulen und Kindertagesstätten, die Einrichtung von 30er-Zonen und von Fußgänger- bzw. Verkehrsberuhigten Zonen sowie die Barrierefreiheit.

8. Erwerb von Wohneigentum

Die Stadt unterstützt mit geeigneten Maßnahmen den Erwerb von Wohneigentum durch junge Familien. Von der Verwaltung werden entsprechende Vorschläge erarbeitet.

9. Wohnsituation

Das Wohnungsangebot ist an die Erfordernisse der Familien anzupassen.

Die Stadt und ihre Eigenbetriebe prüfen, ob mehr preisgünstige größere Wohnungen (5-Raum) für Familien zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Wohnhäuser sollen eine gute Durchmischung der Generationen haben. Auf das soziale Gleichgewicht in den Wohngebieten soll hingearbeitet werden.

Die Stadt und ihre Eigenbetriebe unterstützen aktiv die Einrichtung von „Mehrgenerationenhäusern“.

Die Stadt berücksichtigt bei städtebaulichen Planungen das Prinzip der „Kurzen Wege“ für alle in Bezug auf Einkaufsmöglichkeiten sowie kommunale Einrichtungen, z.B. Jugendzentren, KiTas und Schulen.

10. Freizeit- und Kulturangebote

Die Spielplatzplanung dient als Grundlage für die Anpassung der Spielplätze an den tatsächlichen Bedarf. Die Arbeitsgruppe zur Spielplatzplanung legt jährlich einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der festgestellten Unzulänglichkeiten vor.

Eine regelmäßige und intensive Pflege der kommunalen Spielplätze wird sicher gestellt.

Es wird sicher gestellt, dass wohngebietsnah freie Sportplätze sowie Frei- und Erholungsflächen für alle Altersgruppen zur Verfügung stehen.

Die Stadt wirkt darauf hin, dass bei städtischen Einrichtungen Eintrittspreise auch für größere Familien günstiger gestaltet werden.

Die Verwaltung stellt sicher, dass die Sportvereine familienfreundliche Trainingszeiten für die Kinder- und Jugendgruppen in den kommunalen Sportstätten erhal-

ten.

Die Stadt fördert und unterstützt die Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit der freien Träger. Sie schafft Bedingungen, die es den freien Trägern ermöglichen, die Angebote der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit entsprechend der ermittelten Bedarfe auszubauen und zu verbessern.

Abstimmungsergebnis: bei 36 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 4.9 Nichtverwendung des Namens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beim Investitionsprojekt Steinkohlekraftwerk in Lubmin
B476-32/08

Die Bürgerliste hat um ein Rederecht für Herrn Kolbe gebeten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme beschlossen

Herr Kolbe nimmt die Begründung der Beschlussvorlage vor.
(Die Ausführungen liegen schriftlich in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor.)

Für die Verwaltung teilt Frau Schlegel, Leiterin der Rechtsabteilung, mit, dass es seitens der Fraktion Grüne/oK eine Kleine Anfrage gibt, die auch schon schriftlich beantwortet wurde. Frau Schlegel geht davon aus, dass alle bereits informiert sind. Sie hatte im Hauptausschuss auch mitgeteilt, dass die UHGW gegenüber Dong Energy keinen Anspruch hat, dass Dong Energy den Namen nicht verwenden kann. Greifswald kann natürlich an Dong Energy herantreten, dass es nicht gewollt ist, dass sie den Namen „Greifswald“ in Verbindung mit dem Steinkohlekraftwerk verwenden. Es wird aber wenig Erfolg haben, weil der Name „Greifswald“ nicht geschützt ist. Der Begriff Kraftwerke Greifswald wird schon seit Jahren verwendet.

Herr Dr. Bittner bemerkt im Rahmen der Diskussion, dass Greifswald durch die Verwendung des Namens in Verbindung mit dem Kraftwerk einen Imageschaden nehmen könnte. Er schlägt vor, dass die Stadt an Dong Energie mit der Bitte herantreten soll, dass das Werk den Namen Greifswald nicht verwenden darf. Herr Dr. Bittner erinnert daran, dass im westlichen Teil Deutschlands Greifswald immer mit dem Kernkraftwerk verbunden wurde. Diesen Imageschaden sollte man versuchen, abzuwehren.

Frau Socher hätte gern die Meinung des Oberbürgermeisters zur Verwendung des Namens gehört.

Herr Kuessner unterstützt den Antrag der Bürgerliste. Es gibt viele Bürger, die sich gegen das Kraftwerk ausgesprochen haben und damit die Gefahren für die Stadt und die Region unterstrichen. Die für eine Volksinitiative notwendigen Unterschriften liegen vor. Es wird aber weitergesammelt, weil gezeigt werden soll, dass es viel mehr Leute gibt, die gegen dieses Kraftwerk sind.

Auch Herr Multhaus unterstützt den Antrag und er begründet seine Haltung. Im Focus wurde über das ehemalige Kernkraftwerk Lubmin berichtet und das Bild dazu war der Marktplatz von Greifswald.

Im Rahmen einer insgesamt kontroversen Diskussion für und wider zum Kernkraftwerk stellt Herr Hochschild eine kleine Präsentation des ehemaligen Kernkraftwerkes „Bruno Leuschner“ aus DDR-Zeiten vor.

Herr Dr. Bremer fordert den Präsidenten der Bürgerschaft auf, darauf zu achten, dass nur Sachargumente vorgetragen und ausgetauscht werden, die auch mit dem Thema zu tun haben. Sollte das nicht möglich sein, sollte die Diskussion sofort abgebrochen werden. Also beantragt Herr Dr. Bremer den Schluss der Rednerliste.

Auf der Rednerliste steht Herr Horn. Der Präsident lässt über diesen Antrag abstimmen, die Rednerliste zu schließen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Daraufhin stellt Herr Horn die Frage, ob es einen Imageschaden geben wird. Es geht nicht um für oder gegen das Kraftwerk. Da kann man nur auf Erfahrungen aus bereits gebauten Kraftwerken in touristischen Regionen zurückgreifen. Er bringt seine Meinung zum Ausdruck, dass es im Ostsee- und Nordseebereich nicht einen Fall gäbe, wo die Touristenzahlen abgenommen hätten.

Der Präsident stellt folgende Beschlussvorlage namentlich zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, dass im Zusammenhang mit dem Projekt der Errichtung eines Steinkohlekraftwerks in Lubmin, die Einstellung der Verwendung des Namens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald durch die verschiedenen direkt beteiligten Parteien erwirkt wird, um eine drohende Beschädigung des guten Rufes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald durch den kontroversen Charakter der Auseinandersetzungen zu verhindern.

Im Rahmen der namentlichen Abstimmung erhält die Vizepräsidentin, Frau Socher, zweimal einen Ordnungsruf, weil sie den Ablauf der Abstimmung gestört hat.

Abstimmungsergebnis: namentlich (Anlage zum Protokoll) bei 19 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Da Herr Multhauf, nach Auffassung des Präsidenten, das Abstimmungsergebnis unsachlich kommentiert, erhält auch Herr Multhauf einen Ordnungsruf.

Zu TOP: 4.10 Weitere Verfahrensweise zum "Greifenbrunnen" B477-32/08

Der Vorsitzende des Fachausschusses, Herr Mutke, bringt die Vorlage ein und begründet den Beschlussvorschlag.

Herr Senator Dembski erläutert, dass es eine Arbeitsgruppe „Kunst im öffentlichen Raum“ gibt, die sich mit dem weiteren Vorgehen beschäftigt hat. Mit Herrn Zenichowski wird es zu diesem Thema Mitte Mai ein Treffen geben. Dort wird die weitere Verfahrensweise besprochen und ein Vorschlag erarbeitet.

Herr Hochschild bittet um Bestätigung, dass als möglicher Standort der Schuhhagen zeitlich gesehen für Herrn Zenichowski in Frage kommt und realisiert werden könnte.

Daraufhin erklärt Herr Senator Arenskrieger, dass eine Aufstellung im Schuhhagen möglich sei. Mit dieser Aussage kann aber keine Finanzierung bestätigt werden.

Frau Socher macht deutlich, dass das Anliegen der Vorlage darin besteht, endlich eine Entscheidung in dieser Angelegenheit zu fällen - Ja oder Nein.

Als Termin schlägt sie vor, dass bis zur Bürgerschaftssitzung am 30.06.2008 eine Antwort der Verwaltung gegeben wird, wie mit dem Brunnen von Herrn Zenichowski umgegangen wird.

Auf Nachfrage von Herrn Zink zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe „Kunst im öffentlichen Raum“ teilt Herr Dembski mit, dass sie als Anlage zum Protokoll beigefügt wird.

Die nachfolgenden Ausführungen werden auf Antrag der Fraktion Die Linke wörtlich protokolliert.

Herr Multhauf:

Birgit Socher, es geht hier nicht nur darum, dass wir mit einem wichtigen Künstler dieser Stadt umgehen, als wäre er überhaupt nicht dazugehörig und als hätte er nichts zu sagen, sondern, und meine Gespräche mit Herrn Zenichowski, da fiel auch Ihr Name, Herr Hochschild, und andere und einschließlich AG „Kunst“, einschließlich Ortsteilvertretung Innenstadt, einschließlich Kultur und Bildung, die entsprechenden Ausschüsse sagen: wir wollen diesen Brunnen in Greifswald haben. Und 1994, Herr Oberbürgermeister, Herr Zenichowski hat Ihnen die Dokumente zugeschickt, weil Sie die ja offensichtlich von Ihren Kulturverantwortlichen da nicht kriegen, wurde zwischen Herrn Zenichowski und der Stadt ein entsprechender Vertrag abgeschlossen. Das, was wir gegenwärtig machen und hier fortgesetzt wird, ist Vertragsbruch. Und ich verzichte darauf, empfehle Ihnen aber mal, diesen Brief von Herrn Zenichowski an den Oberbürgermeister zu lesen. Ich bin nicht mit jeder Formulierung einverstanden, die ist sehr scharf.

Aber ich finde es blamabel, Herr Dr. König, dass Sie darauf nicht geantwortet haben, sondern Herrn Arenskrieger da vor's Loch geschoben haben. Herr Zenichowski ist darüber sehr empört. Er hat Sie eigentlich bisher ernst genommen und vor sieben Jahren hat er auch noch zu Ihrer Wahl aufgerufen. Das wird er nie wieder tun, nie wieder. Und das betrifft den Umgang mit ihm.

Ich möchte hinzufügen, Birgit, Ausschuss. Und wenn ich Herrn Mutke höre, erinnert mich das an dieses Plakat und seine heutige Abstimmung zum Kohlekraftwerk. Das ist hier wischi waschi. Und deswegen schlage ich vor, und Herr Hochschild, ich weiß, in diesem Falle sind wir einer Meinung, folgende Formulierung und der Souverän, ja ich weiß, Sie sind schon grundsätzlich, weil ich das sage, also...

Herr Liskow:

Herr Multhauf, kommen Sie bitte zur Sache!

Herr Multhauf:

Der Souverän ist nicht irgendeine AG „Kunst“, die sowieso für die Aufstellung hier ist, sondern der Souverän ist die Bürgerschaft. Und wir sollten Manns genug sein, nach diesem, 1994 - 2008, 14-jährigen Drama, und die, die das hintertrieben haben, heißen König, Kaiser und andere und die sollten, Herr König objektiv,

Herr Kaiser zum Beispiel subjektiv, denen sollten wir einen Riegel vorschieben. Und deswegen beantrage ich folgende Formulierung:

„Die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt beauftragt die Verwaltung, den Greifenbrunnen von Heinrich Zenichowski im Rahmen der Umgestaltung Schuhhagen auf dem Platz vor der Sparda-Bank zu integrieren.“

Und das ist das Einzige, was eindeutig ist und ich sage, füge hinzu: Das findet auch die Zustimmung, obwohl das nicht entscheidend ist, aber das findet auch die Zustimmung von Herrn Zenichowski, der heute hier wär, wenn er nicht so schwer verletzt wär.

Herr Liskow:

Herr Multhauf, ich möchte gerne die schriftliche Formulierung von Ihnen haben, dass ich dann auch abstimmen lassen kann.

Sie kriegen von mir einen Ordnungsruf für Beleidigung des Oberbürgermeisters und von Herrn Kaiser. Sie haben persönlich beleidigt: Herrn Oberbürgermeister, dass er hintertrieben hat und Herrn Kaiser genauso. Dafür gibt's einen Ordnungsruf.

Herr Multhauf:

Danke. Ich möchte, dass das wörtlich kommt, warum Sie Ordnungsrufe verteilen.

Herr Liskow:

Herr Multhauf, den Text.

Sie haben gesagt, er hat hintertrieben, objektiv, und er subjektiv.

Herr Multhauf:

Ja.

Herr Liskow:

Ich möchte von Ihnen den Beschluss haben, den Beschlussentwurf.

Herr Multhauf:

Der Beschluss steht hier. (Herr Multhauf übergibt seine Aufzeichnungen)

Herr Liskow:

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Herr Dembski hat sich zu Wort gemeldet.

Herr Dembski:

Also diese Arbeitsgruppe „Kunst im öffentlichen Raum“ gibt es aus gutem Grund, nämlich, dass nicht so etwas passiert, dass auf Zuruf in Bürgerschaftssitzungen Standorte von Kunstwerken dann mal schnell abgestimmt werden, sondern, ich finde Kunst und Politik ist in einem Spannungsfeld und ich finde, da können Sie auch nicht sagen: Wir sind hier der Souverän, wir entscheiden, was schön ist, wir entscheiden, was gut ist, wir entscheiden, was wo irgendwie hingehört, sondern, ich finde, da muss man ein bisschen vorsichtig mit umgehen.

Und ich möchte nicht, dass Kunst sozusagen nur nach Politik entschieden wird und nach dem, was sich aus einem Momentsgeschmack irgendwie in einer Bürgerschaftssitzung ergibt. Deswegen möchte ich, ich hab nichts dagegen, wenn gesagt wird, bis zum 30.06. soll die Verwaltung einen Vorschlag machen, aber ich möchte jedenfalls, dass diese Arbeitsgruppe sich äußert und dass diese Arbeitsgruppe einen unabhängigen Vorschlag zum weiteren Vorgehen macht. Und dass jetzt hier ad hoc gesagt wird: Mensch, das Ding stellen wir mal da auf.

Im Übrigen auch ohne Finanzierungsvorschlag, wie ich das im Augenblick so sehe!

Herr Liskow:

Ja, Vielen Dank, Herr Dembski. Herr Kruse und dann Herr Mutke.

Herr Kruse:

Ganz kurz noch mal dazu. Ich finde es ungehörig, Herr Multhauf, wie Sie hier Herrn König niedermachen in Bezug auf Herrn Zenichowski. Also, wir sind für die Aufstellung des Brunnens, das haben wir auch gesagt. Aber ich möchte schon daran erinnern, dass es auch Dr. König war, der zum Beispiel Herrn Zenichowski entgegengekommen ist, als es um die Aufstellung der Fische im Stadtgebiet, da gab's ja auch einige, die nicht so einverstanden waren und ich kann auch wirklich nicht feststellen, dass Herr Zenichowski im Stadtgebiet, in gewisser Weise im Stadtgebiet zu kurz kommt. Wir reden ja jetzt über diesen Brunnen, aber ansonsten hat Herr Zenichowski in den Jahren, wo er hier in Greifswald tätig ist, auch reichlich Unterstützung von der Stadt und auch vom jetzigen Oberbürgermeister bekommen. Danke schön.

Herr Liskow:

Vielen Dank Herr Kruse. Jetzt hat sich Herr Mutke und dann Herr Multhauf noch mal.

Herr Mutke:

Ja, also, Herr Multhauf, natürlich haben wir ein Problem, das stimmt schon. Wir können nicht einfach so auf Zuruf, wenn wir nicht wissen, was es genau kostet, ob es überhaupt möglich ist, rein technisch oder aus Sicherheitsgründen usw. über solch einen Beschlussvorschlag abstimmen. Das geht schlicht weg nicht. Aber ich denke mal, der Aufruf hier in die Runde ist ja nun ganz klar. 30.06. halte ich auch für einen zeitnahen Termin, muss ich sagen, um Dinge zu prüfen und dann wird auch die Arbeitsgruppe sicherlich tätig geworden sein, um dann Vorschläge auch mit Zahlen, was es denn wirklich kostet und wo es möglich ist, einzureichen und dann sollten wir entscheiden. Ich denke mal, das wäre sachlich der korrekte Weg. Danke.

Herr Liskow:

Vielen Dank Herr Mutke. Herr Multhauf zum zweiten Mal.

Herr Multhauf:

Ich sage noch mal: Es geht nicht in erster Linie um Herrn Zenichowski, aber der Umgang mit ihm im Zusammenhang mit der Hintertreibung der Beschlüsse der entsprechenden Ausschüsse, nämlich, dass dieser Brunnen in der Knopfstraße vor der Stadtbibliothek aufgestellt wird. Das war überall Beschlusslage und wurde von den Verantwortlichen - ich habe Frau Resch noch gar nicht erwähnt - hintertrieben. Zweitens: Ich zitiere nur ganz kurz, ganz kurz aus dem Brief:

„Sie haben, Herr Dr. König, mehrmals dargestellt, dass die Hansestadt wäre heimliche Kunst- und Kulturstadt. Ich erlebe das Gegenteil davon. Ich möchte Sie auch gern an das Grundgesetz erinnern usw.“ Es geht weiter:

„Sehr geehrter Herr Dr. König, als Ihr Wähler ersuche ich Sie und fordere Sie auf, endlich für Rechtsstaatlichkeit und Wiederherstellung und Erfüllung der im Vertrag festgeschriebenen Verpflichtung zu sorgen. Ich bin nicht bereit, diese rigide Art im Umgang mit mir und die Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald hinzunehmen.“

Vielleicht wollen Sie ihm auch einen Ordnungsruf erteilen, Herr Präsident?

Herr Liskow:

Herr Multhauf, ich würde Sie jetzt mal kurz bitten, inne zu halten. Sie haben hier zitiert und Sie haben mir keine Vorschriften zu machen, wie ich die Sitzung führe. Und wenn Sie einen Ordnungsruf kriegen, dann kriegen Sie einen für ungehöri-

ges... das hat nichts damit zu tun, dass Sie jetzt hier andere Leute noch einfach mal beschimpfen.

Herr Multhauf:

Und auf diesen Brief, den ich ausschnittsweise hier nur vorgelesen habe, hat der Oberbürgermeister nicht geantwortet, sondern er hat Herrn Arenskrieger damit beauftragt. Und Herr Zenichowski wartet immer noch auf eine Antwort von Dr. König.

Letzte Bemerkung zur Finanzierung: Das ist ein Scheinargument. Bei der Aufstellung in der Knopfstraße wäre das aus der Portokasse zu bezahlen gewesen, aus der Portokasse. Wieviel Prozent der Knopfstraße das gekostet hätte? Und genauso ist es zu bezahlen aus dem, was der Schuhhagen überhaupt kostet. Da ist das sehr, sehr wenig. Und das meiste, was der Schuhhagen kostet, ist Fördermittel oder haben die Anwohner des Schuhhagens schon bezahlt und nicht irgendjemand hier, und schon gar nicht jemand von der Verwaltung. Das heißt: ich wiederhole mich, auch das Finanzierungsargument wird nur vor's Loch geschoben, um weiterhin etwas zu verhindern.

Herr Liskow:

Vielen Dank, Herr Multhauf! Gibt es weitere Wortmeldungen?

Herr Hochschild.

Herr Hochschild:

Herr Präsident, Herr Oberbürgermeister, Herr Multhauf, wir sind eben nicht einer Meinung. Wir sind einer Meinung indem, dass wir sagen, dass der Brunnen aufgestellt werden soll, da sind wir einer Meinung. Aber wie Sie hier das Ganze anheizen, wie Sie hier polemisieren, damit bin ich natürlich nicht Ihrer Meinung. Das zeigt natürlich auch Ihr ganzes Verhalten, wenn es um Geld geht, wenn es um Haushaltsrecht geht, das bezahlen wir mal eben so aus der Portokasse. Nein, das wird eben nicht aus der Portokasse bezahlt. Es kostet 50.000 + X und dafür brauchen wir eine Haushaltsstelle, wie das ganz normal so üblich ist.

Und wenn wir (Zwischenruf von Herrn Multhauf aus dem Raum) hab ich genau gewusst, dass das kommt, aber auch dafür gibt es einen Beschluss, einen Mehrheitsbeschluss im Hauptausschuss. Und ich habe auch von Ihnen und von Ihrer PDS-Fraktion kein Beschluss zum Zenichowski-Brunnen gefunden, bis jetzt noch nicht. Hätten Sie jederzeit einbringen können, jederzeit. Also, lassen Sie uns aufhören mit den gegenseitigen Beschuldigungen, lassen Sie uns zusehen, dass wir diesen Brunnen endlich umgesetzt kriegen und hören Sie auf mit Ihrer Polemik.

Herr Liskow:

Vielen Dank, Herr Hochschild.

Ich lasse jetzt den Antrag von Herrn Multhauf abstimmen.

Herr Multhauf sagt:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt die Verwaltung, den Greifenbrunnen von Heinrich Zenichowski im Rahmen der Umgestaltung Schuhhagen auf dem Platz vor der Sparda-Bank zu integrieren.

Also, nächstes Mal ein bisschen deutlicher schreiben.

Gibt es Ja-Stimmen für diesen Antrag?

7 Ja-Stimmen, mehrheitlich Gegenstimmen, 7 Stimmenthaltungen
damit abgelehnt

Jetzt frage ich noch mal, ob die Verwaltung das bis zum 30.06. so erledigt oder ob wir das hier in den ..., weil's ja kein Antrag dazu gibt, dann lasse ich, dann gehe ich davon aus, dass die Verwaltung angeboten hat, bis zum 30.06. dazu einen Vorschlag vorzulegen und dann kann ich hier entsprechend so abstimmen

lassen.

Wer für die Vorlage ist, bitte ich um´s Handzeichen:

(Ende des wörtlichen Protokolls)

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald beauftragt die Verwaltung, zu klären, wie mit dem Greifenbrunnen schlussendlich umzugehen ist. Dazu sind Standorte abzuklären und Kosten aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossen

Zu TOP: 4.11 Benennung eines Delegierten in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern

B478-32/08

Frau Mechthild Thonack wird als Delegierte für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern an Stelle von Herrn Wilfried Zink, der als Mitglied Landesausschuss des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern gesetztes Mitglied dieser Mitgliederversammlung ist, neu benannt.

Stellvertreter bleibt Herr Jens Greifendorf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 1 Gegenstimme und 5 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 4.12 Benennung eines Mitgliedes in der Ortsteilvertretung Schönwalde I/ Südstadt

B479-32/08

Auf Nachfrage von Herrn Multhauf bestätigt Herr Hochschild, dass Herr Sandro Martens genau in diesem Ortsteil wohnt.

Nach dem Ausscheiden von Herrn Markus Jülich wird Herr Sandro Martens als neues Mitglied für die Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 4.13 Benennung eines neuen Mitgliedes für den Vorstand des Studentenwerkes Greifswald

B480-32/08

Der Präsident teilt mit, dass sich die Hansestadt Stralsund, Neubrandenburg und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald über das Mitglied im Studentenwerk noch einigen müssen, weil sich die drei Städte auf ein rollierendes System geeinigt haben. Die Mitglieder werden dann darüber informiert, welche Stadt dieses Mitglied in das Studentenwerk entsendet.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

schlägt **Herrn Dirk Bauer** als Mitglied für den Vorstand des Studentenwerkes gemäß Studentenwerkgesetz vom 23. Februar 1993 § 10 Abs. 1 Punkt 4. vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister informiert, dass der Verwaltungsbericht für 2007 fertiggestellt ist. Er wird allen Mitgliedern der Bürgerschaft zur Kenntnis gegeben.
weitere Informationen:

- Liste der Beschlüsse des Hauptausschusses (Anlage zur Niederschrift)
- wichtige Ereignisse/Termine (Anlage zur Niederschrift)
- Weiterführung des Bezirklichen Tarifvertrages
Dieser Vertrag läuft am 31.03.2008 aus. Eine Fortführung wird auf den Weg gebracht nach Abschluss der tariflichen Vereinbarungen. Auf der nächsten Bürgerschaftssitzung gibt es weitere Informationen.
- Rubenow-Medaille geht 2008 an Herrn Prof. Modes

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bartels bestätigt der Oberbürgermeister, dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung ab 01.04.2008 erst einmal 40 Stunden in der Woche arbeiten. Es wird versucht, mit Ver.di zu vereinbaren, dass möglichst rückwirkend wieder eine 38-Stunden-Woche für die Stadtverwaltung zustande kommt.

Herr Multhaus vermisst die Information des Oberbürgermeisters, dass der Hauptausschuss eine Entscheidung über den Sicherheitszaun im Volksstadion getroffen hat, der 65.000 € kosten soll.

Es gibt ein Schreiben der HSG, dass seit Jahren die Zeitmessanlage im Volksstadion kaputt ist. Gibt es dazu eine Antwort?

Der Oberbürgermeister kommentiert keine Beschlüsse des Hauptausschusses, zumal Herr Dr. König bei dieser Sitzung nicht zugegen war.

Das angesprochene Schreiben der HSG liegt der Verwaltung vor, die eine Entscheidung vorbereitet.

Senator Arenskrieger informiert über Aktivitäten im Dezernat II:

- Am 13.03.2008 tagte das Preisgericht über einen Architektenwettbewerb zum Neubau einer Kindertagesstätte. Entsprechende Informationen erfolgen im nächsten Bauausschuss.
- 1. Kommunale Klimakonferenz vom 2. bis 4. April 2008 im Krupp-Kolleg

Zu TOP: 6 Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Von der Fraktion Grüne/oK liegen schriftliche Fragen vor. Herr Dr. Bittner teilt mit, dass zum Biodieselwerk von der Fraktion eine Kleine Anfrage eingereicht und beantwortet wurde. Zu dieser Beantwortung hat die Fraktion Nachfragen.

An die SPD-Fraktion gerichtet, möchte Herr Dr. Bittner wissen, ob es einen Stimmungsumschwung hinsichtlich der Anteilsveräußerung bei der WVG mbH bei der SPD-Fraktion gibt.

Zur ersten Frage bemerkt Herr Arenskrieger, dass der Beantwortung der Kleinen Anfrage das Ablehnungsschreiben zur Biodieselanlage an das StAUN beigefügt war. Herr Arenskrieger hatte gesagt, dass er die Bürgerschaft beteiligen wollte. Er hatte dabei aber nicht bedacht, dass bei der Versagung des städtebaulichen Einvernehmens eine gesetzliche Frist von zwei Monaten einzuhalten ist. Aus dem Grunde hat der Senator die Entscheidung getroffen und die Notwendigkeit der Einberufung von Sondersitzungen der Gremien nicht eingesehen.

Der angesprochene Sinneswandel bei der Verwaltung war nicht plötzlich. Bereits auf der Bürgerschaftssitzung am 10.12.2007 hat der Senator seine Bedenken

geäußert und dabei zitiert Herr Arenskrieger aus dem entsprechenden Protokoll.

Zur zweiten Frage nimmt Herr Mutke Stellung.

Im Dezember 2007 gab es eine Beschlussvorlage zur Fortführung des Verfahrens hinsichtlich des Anteilsverkaufs der WVG mbH, die auch in der SPD-Fraktion diskutiert wurde. Diesem Prüfverfahren hat die SPD-Fraktion auch zugestimmt. Jetzt sind einige Wochen vergangen. Herr Mutke konnte der heutigen Tischvorlage bei der Tagesordnung nicht zustimmen, weil sie aus zwei Teilen besteht. Herr Mutke hat die Inhouse-Lösung, die Stadtwerke, diskutiert. Das wäre eine Komponente zusammen mit Wohneigentum. Die SPD will nicht an Fremdinvestoren verkaufen.

Frau Socher hätte sich Informationen des Oberbürgermeisters zur Stadthalle gewünscht. In vergangener Zeit musste festgestellt werden, dass überall die Baukosten „exorbitant“ steigen. Welche Entwicklung gibt es in dieser Frage? Es ist etwa ein Volumen von 5 Mio. € vorgesehen, das vor allem durch die WVG mbH getragen wird. Wird es bei dieser Summe bleiben?

Herr Dr. König weist Frau Socher darauf hin, dass entsprechend Geschäftsordnung Fragen an die Verwaltung zehn Tage vorher einzureichen sind. Dann bekäme sie auch eine konkrete Antwort.

Auf eine Nachfrage von Herrn Dr. Döring zum Sitzungszyklus erläutert der Präsident, dass bereits zum Jahresende (etwa November) der Sitzungskalender für das folgende Jahr aufgestellt und mit den Fraktionen abgestimmt wird. Eine Sitzung muss nicht durchgeführt werden, wenn es keine Beratungsgegenstände gibt. Das hängt davon ab, welche Vorlagen aus der Verwaltung vorliegen und welche Themen der Ausschussvorsitzende auf die Tagesordnung setzen möchte.

Frau Socher erläutert, dass die Sitzung des Wirtschafts- und Kulturausschusses nicht stattgefunden hat, weil vor kurzem eine sehr interessante Diskussion zum Thema ARGE im Bürgerschaftssaal stattgefunden hat.

Herr Mutke ergänzt, dass es aus der Verwaltung keine Beschlussvorlagen für diesen Ausschuss gab. Sachliche Arbeit ist ohnehin erschwert, weil sich alle in der Wahlkampfphase befinden.

Auf Antrag der Fraktion Die Linke werden die folgenden Ausführungen wörtlich protokolliert.

Herr Multhauf:

Mit Ihrer Genehmigung, Herr Liskow, nur einen Satz zu dem ...

Herr Liskow:

Nein, Herr Multhauf. Dieser Tagesordnungspunkt ist abgeschlossen. Dazu gibt's jetzt nicht mehr. Wir hatten 'ne Frage von Herrn Döring, die ist beantwortet worden und dazu gibt es jetzt keine Diskussion.

Herr Multhauf:

Ich finde, gerade in Wahlkampfzeiten ist es wichtig, dass man ...

Herr Liskow:

Herr Multhauf, Ihre Frage?

Herr Multhauf:

Bleib ganz ruhig, Egbert. Also jetzt meine erste Frage:

Zur Argumentation, mach ich ganz kurz. Ich bezieh mich sonst nicht unbedingt auf die Unabhängige aus der Bachstraße, aber es geht schneller. Hier Überschrift „Greif-Schule alarmiert - Umzug verzögert sich“. Kurze Überschrift: „Greif-Schule bangt um Zukunft“. Oder nächste: „Greif-Schule - Eltern fordern Klarheit“. Mit diesen Themen und Fragen sind wir als Bildungsausschuss und als Ortsteilvertretung seit Jahren konfrontiert. Zuletzt wieder im Bildungsausschuss. In diesem Bildungsausschuss hat ein kluger Mensch einen Vorschlag gemacht, wie es weitergehen kann, vor allen Dingen in Bezug darauf, dass die Eltern dieser Schule, die Lehrer, die Kinder dieser Schule total verunsichert sind.

Herr Liskow:

Herr Multhauf, die Frage bitte.

Herr Multhauf:

... total verunsichert sind. Der Vorschlag, der dort gemacht wurde, lautet: Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 01.04. ein Informationsblatt, muss nicht 12.000 sein, an alle Eltern und Interessierten herauszugeben.

Herr Liskow:

Herr Multhauf, die Frage bitte.

Herr Multhauf:

... aus dem ersichtlich ist, entschuldige, ich muss doch wenigstens begründen können, ...

Herr Liskow:

Herr Multhauf, Sie begründen immer ´ne halbe Stunde und dann kommt keine Frage.

Herr Multhauf:

Ja, ich schenk Dir ´ne neue Uhr, welche Arbeiten, wann ausgeführt werden sollen. Ich zitiere: Herr Dembski fordert Herrn Multhauf auf, das populistische Gekquake zu unterlassen. Ich sag jetzt nichts über das Format eines Senators, manches disqualifiziert sich selbst. Jetzt die Abstimmung dieses populistischen Gekquakes, Abstimmung zum Vorschlag: 11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung. Von den 11 Ja-Stimmen war also nur eine von mir.

Herr Liskow:

Herr Multhauf, die Frage.

Herr Multhauf:

Ja, die Frage, Herr Präsident, und vor allem auch an Sie gerichtet und an den Oberbürgermeister, der es auch bleiben will. Der 1. April ist morgen. Ich sehe in keiner Form irgendeine Ausführung dieses dringlichsten und vielseitig begründeten Antrages der, dieses Ausschusses, der übrigens von der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt vollständig übernommen wurde, Herr Dembski, und ich sag, auch Ihre Antwort, die Sie mir oder uns da gegeben haben in dem Protokoll, halte ich für, gelinde gesagt, frech.

Herr Liskow:

Herr Multhauf, jetzt entziehe ich Ihnen das Wort und Sie kriegen den dritten Ordnungsruf. Jedes Mal diese Beleidigungen gegenüber Persönlichkeiten in diesem Haus.

Herr Multhauf:
Welche Persönlichkeit meinst Du jetzt?

Herr Liskow.
Den Senator. Aber er kann, er hat ja zitiert, aber wenn er hier sagt, schon wieder, er hält das als frech, das kann 's doch einfach nicht geben.

(Bemerkungen aus dem Sitzungsraum)

Herr Liskow:
Herr Multhauf, entweder Sie kommen jetzt zur Frage oder Sie kriegen den nächsten Ordnungsruf.

Herr Multhauf:
Ich möchte wissen, Herr Präsident und Herr Oberbürgermeister, wie Sie zu dieser Missachtung eines Ausschusses stehen und bitte Sie noch mal herzlich, ich wäre drauf eingegangen, wenn Sie gesagt hätten, schaffen wir nicht zum 1. April, machen wir erst zum 1. Mai oder so etwas.
Die Eltern haben einen Anspruch darauf.

Herr Liskow:
Herr Multhauf, ich entziehe Ihnen jetzt das Wort.

Herr Multhauf:
Ja, ich möchte von Dir und Deinem Unionsfreund wissen, wie Ihr dazu steht.

Herr Liskow:
Herr Multhauf, vielen Dank, für die Frage. Herr Dembski dazu, bitte.

Herr Dembski:
Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Multhauf, Sie wissen ganz genau, Sie haben eben falsch zitiert. Das ist gelogen, ich hab das nicht zu diesem Antrag gesagt, sondern zur Unterstellung von Ihnen. Das ist also wieder eine Lüge von Ihnen, die Sie hier vorgebracht haben. Mag sein, dass es so im Protokoll steht, ist trotzdem gelogen. Sie wissen ganz genau, weshalb ich das gesagt hatte. Sie hatten nämlich der Verwaltung unterstellt, ... Ja, Sie können jetzt kommen, ich weiß nicht, ich möchte jetzt nicht unterbrochen werden, indem Sie hier nach vorne kommen. Was wollen Sie hier? Was wollen Sie von mir?
Ich hab nur gesagt: Sie haben gelogen.

Herr Liskow:
Herr Multhauf, gehen Sie auf Ihren Platz.

Herr Dembski:
Nein, aber ich sage: Sie haben gelogen, weil Sie wissen, ...
Ja, Sie können jetzt zeigen, auf 's Protokoll. Sie wissen ganz genau, worum es ging in der Situation. Sie haben nämlich behauptet, dass die Verwaltung die ganze Zeit versucht habe, dieses Grundstück zu verkaufen und, dass nur Ihre Aktionen, sozusagen, verhindert hätten, dass dieses Grundstück verkauft worden wäre. Und da hab ich gesagt, dass ... Da hab ich gesagt, was Sie zitiert haben, weil, das war einfach das, Sie hatten keinerlei Anhaltspunkte, Sie wollten nur Stimmung machen. Im Übrigen sind wir dabei, weiter das Verfahren abzustimmen. Wie Sie auch wissen, Sie pochen ja immer auf Recht und auf Recht der Abgeordneten und wie das Verfahren richtig ist, ist dieser Ausschuss kein beschließender Ausschuss. Sie haben da ein bisschen, Sie haben gesagt: Sie wollen das so. Wir werden auch die Eltern informieren, auf welchem Wege, entscheiden wir.

Das entscheidet nicht der Ausschuss. Im Übrigen hat der Ausschuss auch nicht gesagt, wie das Ganze dann finanziert werden soll, wenn dann jetzt die ganzen Eltern angeschrieben werden sollen. Das wären erhebliche Portokosten, wir kommen auch auf Sparsamkeit in der Verwaltung ... Wir werden die Eltern informieren. Das können Sie als beratender Ausschuss aber nicht beschließen, wann das zu erfolgen hat und wie das zu erfolgen hat.

(Ende des Wortprotokolls)

Herr Hochschild fordert den Präsidenten und die Vizepräsidenten auf, darauf zu achten, dass unter diesem Tagesordnungspunkt auch wirklich Fragen gestellt werden und die Disziplin durchzusetzen.

Herr Hübner bestätigt die Aussagen von Herrn Dembski.

Frau Heinrich fordert den Präsidenten und den Oberbürgermeister auf, andere Möglichkeiten als die Anteilsveräußerung, also Alternativen zu suchen. Gibt es in der Richtung, an die Stadtwerke zu veräußern, Aktivitäten? Gibt es Gespräche mit den Stadtwerken? Wird an einem Konzept gearbeitet?

Frau Heinrich erwartet, dass der Oberbürgermeister spontan antworten kann.

Herr Dr. König erklärt Frau Heinrich, dass auch für sie die Geschäftsordnung gilt und sie möge ihre Fragen einreichen, auf die sie dann eine konkrete schriftliche Antwort erhält.

Frau Heinrich bringt mit Nachdruck ihre Verwunderung zum Ausdruck, weil die Fraktion dieses Thema gern diskutiert hätte, wenn es denn auf die Tagesordnung gekommen wäre. Frau Heinrich möchte vom Präsidenten wissen, ob es denn rechtens sei, diese Frage nicht zu beantworten. Warum ist dann dieser Tagesordnungspunkt überhaupt noch auf der Tagesordnung?

Herr Liskow erläutert, dass grundsätzlich die Fragen vorher schriftlich einzureichen sind. Nur in Ausnahmefällen und dringenden Fällen können die Fragen während der Sitzung gestellt werden und die Verwaltung entscheidet, ob sie die Fragen beantworten kann.

Herr Multhauf möchte wissen, wo er diese Antwort des Präsidenten finden kann bzw. nachvollziehen kann.

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Präsidenten

- keine Mitteilungen

Zu TOP: 8 Bestätigung der Niederschrift vom 18.02.2008

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 4.14 Schluss der Sitzung

20:40 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:

- Brief von Kiel und Marburg und OZ-Artikel
- namentliche Abstimmung zum TOP 4.9
- Zusammensetzung der AG „Kunst im öffentlichen Raum“
- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- wichtige Ereignisse/Termine